Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernspr. Nr. 2

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis** für die Zeit vom 1. bis 15. März: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 84.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 82. **Dienstag, den 7. April 1925.** **80. Jahrgang**

Tagesschau.

* Ein neues **schweres Grubenunglück** hat sich durch **Versagen der Fördermaschine** auf der Zeche Mathias Stinnes in Karnap ereignet. **Zehn Bergleute** sind tödlich verunglückt.

* **Der Reichstag** beriet am Sonnabend über Hilfsmaßnahmen im besetzten Gebiet, Besoldungsfragen und Wohnungswesen und vertagte sich dann bis 28. April.

* Im **Tscheka-Prozeß** beantragte der Reichsanwalt die **Todesstrafe** für die Angeklagten Neumann, Skoblewski, Pöge, Margies und Szon.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Das politische Schachergeschäft des Zentrums.

Wie in unserer letzten Nummer gemeldet, ist zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein bedenklicher Kuhhandel abgeschlossen worden. Mit dem Sitze des preußischen Ministerpräsidenten hat das Zentrum die Stimmen der Sozialdemokratie und der Demokraten für Marx gekauft. Preußen für die Sozialdemokratie, das Reich für das Zentrum: so ist die Aufteilung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes!

Es fragt sich nur noch, ob die Massen, deren Stimmen verkauft worden sind, das Handelsgeschäft erfüllen oder ob sie nicht doch noch einen Strich durch die Rechnung machen werden. Man hat jemals kaum eine verbrecherische Verbindung erlebt als die zwischen den „Christkatholischen" und den erklärten Feinden der Religion, der Sozialdemokratie. Während der Vatikan mit Bann und Bullen gegen die unversöhnlichen Feinde der Kirche kämpft, hebt das Zentrum diesen Feind in Preußen in den Sattel! Das ist das, was man als Jesuitismus bezeichnet, bei dem der Zweck alle Mittel heiligt.

Fragt sich nur, ob das Zentrum seinen Zweck erreicht. Es wird viele auch im katholischen Lager geben, die ihre tiefe Enttäuschung und ihren Abscheu über das politische Christentum, über den Mißbrauch, den das Zentrum auf der einen Seite mit der Religion treibt, und über die Verleugnung aller christlichen Grundsätze auf der anderen Seite nicht zu unterdrücken vermögen. Damit entstehen Gefahren für das Zentrum, die in der Zukunft sich bald zeigen dürften. Wenn früher das Zentrum in den Wahlkampf zog, so hieß es: „Mit dem Wahlzettel in der Hand müßt ihr Gott und euren Glauben bekennen!" Nachdem das Zentrum seinen Gottesglauben in Preußen der Sozialdemokratie geopfert hat, wird dieser höchste Appell bei katholischen Wählern wohl nicht mehr verfangen. Die Leute werden sich mehren, die es als Schmach und Schande empfinden, daß die höchsten Güter des Menschengeschlechts durch das Zentrum zu einem Scheingeschäft herabgewürdigt worden sind.

Wir glauben heute bereits sagen zu können, daß die Sozialdemokratie nur zu bald erkennen wird, daß sie die Rolle des Betrogenen spielt. Es ist offenes Geheimnis, daß die Ministerpräsidentschaft Braun nichts ist als ein Intermezzo, das einige Tage, höchstens einige Wochen währen wird. Hat das Zentrum seine Ernte herein, ist Marx gewählt, dann hat sich für das Zentrum wohl auch Herrn Braun als Ministerpräsident erledigt. Die Sache ist also die, daß das Zentrum in Wirklichkeit nichts bietet und dafür alles erhält. Just so war es mit Dr. Höpker-Aschoff, den man meuchlings zum Narren des 1. April machte. Wenn die Sozialdemokratie nicht so verrannt wäre, müßte sie erkennen, daß sie nichts ist als Mittel zum Zweck, als ein Mittel, das man wegwirft, nachdem der Zweck erreicht worden ist.

•

Bezeichnend.

Berlin, 6. April. (Drahtb.) Die politischen, religiösen und wirtschaftlichen Gegensätze des Linksblock sind so stark, daß die drei auf Marx vereinigten republikanischen Parteien beabsichtigen, keinen gemeinschaftlichen Aufruf, sondern drei gesonderte Kundgebungen zu veröffentlichen.

Jarres gegen Marx.

Berlin, 5. April. Die Sonnabend-Verhandlungen des Reichsblocks hatten mit aller Eindringlichkeit die Notwendigkeit in den Vordergrund gerückt, die stärkste Konzentration der Kräfte in dem Kampf gegen die von den Weimarer Parteien aufgestellte Kandidatur Marx dienstbar zu machen. Eine Folge dieses Bestrebens ist, daß die bereits für Sonnabend erwartete endgültige Proklamierung der Kandidatur Jarres noch nicht erfolgt ist, weil man auf Grund der Absplitterungen im ersten Wahlkampf erneut die Möglichkeit prüfte, ob sich nicht trotz der Festlegung der Weimarer Koalition auf die reine Parteikandidatur Marx die in diesen Parteien vertretenen bürgerlichen Kreise, die die Verschacherung an die Sozialdemokratie ablehnen, für die überparteiliche Kandidatur des Reichsblocks gewinnen lassen.

Von einer Seite, die der Bayerischen Volkspartei nahesteht, sowie von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde Hindenburg als Sammelkandidat vorgeschlagen. Von anderer Seite wurde diesem Gedanken aber lebhaft widersprochen, vor allem mit der Begründung, daß der Name Hindenburg viel zu gut sei, um in den Wahlkampf gezogen zu werden. Es versteht sich von selbst, daß zwischen Hindenburg und Jarres absolute Einigkeit in der Beurteilung der Situation besteht und daß beide Persönlichkeiten in vollem Umfange für einander eintreten würden. Die Erörterung einer Kandidatur Hindenburg bedeutet auch durchaus nicht den Wechsel in der Kandidatenfrage. Sie hat vielmehr den einzigen Sinn und Zweck, außer der bis jetzt festgehaltenen Kandidatur Jarres auch noch andere Möglichkeiten auf das ernsthafteste zu prüfen.

Wie eine weitere Meldung aus Berlin berichtet, hat jedoch Marschall Hindenburg, der ursprünglich zur Uebernahme bereit gewesen sein soll, am Sonntag durch einen seiner politischen Vertrauensmänner in Berlin mitteilen lassen, daß er aus persönlichen und sachlichen Gründen empfehlen müsse, von einer Aufstellung seiner Person als Kandidat für die Präsidentenwahl Abstand zu nehmen und daß er selbst, wie schon im ersten Wahlgange, mit aller Entschiedenheit seine Person in den Dienst des Wahlkampfes für Dr. Jarres stellen würde.

Es ist durchaus erklärlich, daß der Marschall nach genauer Prüfung der Lage die Beibehaltung der Kandidatur Jarres für den einzig richtigen Weg erkannt hat. Die Wahlaussichten für Dr. Jarres werden in den Kreisen des Reichsblockes nach wie vor durchaus zuversichtlich beurteilt. Von der Bayerischen Volkspartei verlautet, daß sie vielleicht offiziell Stimmenthaltung üben werde, aber man glaubt in politischen Kreisen, daß die Anhänger dieser Partei wahrscheinlich zur Hälfte für Marx und zur Hälfte für Jarres stimmen werden. Jedenfalls ist nun die Lage in der Kandidatenfrage in der Weise geklärt, daß Jarres gegen Marx stehen wird, und nebenher die Kandidatur Thälmann als Zählkandidatur laufen wird. Es ist ein Zahlenkampf zu erwarten, bei dem es wohl auf beiden Seiten darauf ankommen wird, die letzten Reserven für den Sieg herauszuholen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. April. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung stand zunächst der Bericht über die Hilfsmaßnahmen für die besetzten Gebiete. Im Namen des Haushaltausschusses empfahl der Zentrumsabgeordnete **Guerard** folgende Entschließung:

Nach Mitteilungen der Reichsregierung stehen Verhandlungen mit den Ländern über Hilfsmaßnahmen zugunsten des besetzten Gebietes vor dem Abschluß. Unter Hinweis auf die große Dringlichkeit dieser Maßnahme hält der Reichstag die beschleunigte Auszahlung der bereitgestellten Beträge für geboten. Er ist damit einverstanden, daß unbeschadet der etatrechtlichen Beschlüsse des Reichstages die sofortige Auszahlung an die Länder erfolgt."

Dieser Beschluß gilt auch für die besonders zur Förderung des Wohnungsbaues im besetzten Gebiet vom Reiche zur Verfügung zu stellenden Mittel, die die gesamte vorläufig zu verausgabende Summe der 75 Millionen Reichsmark nicht überstieg. Abg. Gerard verwies dann noch darauf, daß im besetzten Gebiet eine besondere Notlage der Kommunalverbände bestehe, ferner der Wirtschaft, die sich noch in keiner Weise erholt habe, der Volksgesundheit und der Bewohner selbst, die unter den immer drückender werdenden Quartierlasten unsagbar leiden.

Die Entschließung wird dann ohne weitere Aussprache angenommen. — Es folgt dann der Bericht über Notstandsmaßnahmen für Beamte. Nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses sollen u. a. vom 1. April 1925 bis auf weiteres 95 Prozent des Wohnungsgeldzuschusses bezahlt werden. Die für den Monat April nachzuzahlenden Beträge werden mit den für den Monat Mai zuständigen Beträgen ausgezahlt. Der Ausschuß ersucht ferner die Reichsregierung, mit tunlichster Beschleunigung zu prüfen, ob u. auf welcher Grundlage die Bezüge der Beamten eine Erhöhung erfahren können. Dem Reichstag soll alsbald nach Zusammentritt darüber berichtet werden.

Unter Ablehnung aller weitergehenden Anträge werden dann die Anträge des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Präsident Löbe unterbricht darauf die Verhandlungen und gedenkt in teilnehmenden Worten der Grubenkatastrophe, die sich auf der Grube „Matthias Stinnes" ereignet hat.

Darauf wird die Aussprache über das Wohnungswesen fortgesetzt. Der deutschnationale Abgeordnete **Steinlger** erklärt mit Recht, daß es wichtiger sei, Taten zu verrichten, als schöne Worte zu machen. Man dürfe erwarten, daß bis zum 30. April eine entsprechende Vorlage eingehen werde. — Abg. **Winnefeld** (Deutschnat.) stellt fest, daß seine Freunde gar nicht darin dächten, den Mieterschutz beseitigen zu wollen. Eine solche Behauptung sei eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Mieter und Vermieter sollten sich nicht befehden, sondern gemeinsam für Besserung sorgen.

Nachdem der Reichstag am Sonnabend noch den Ausschußantrag angenommen hatte, der bis spätestens 30. April 1925 die Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Abänderung des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzgesetzes und Wohnungsmangelgesetzes verlangt, vertagt er sich bis zum 28. April.

Scheidemann und Barmat.

Die Korresp. der Deutschnationalen Volkspartei schreibt:

„Julius Barmat hat bekanntlich die sozialdemokratischen Größen in Berlin wie auch in Holland immer köstlich gepflegt und bewirtet. Herr Scheidemann, auch ein Reichskanzler a. D. und Oberbürgermeister, haben bisher jede Verbindung mit Barmat abgelehnt. Nunmehr hat ein Hamburger Kaufmann an die Barmat-Ausschüsse im Reichstag und Landtag folgende Mitteilung gesandt:

„In der Barmat-Angelegenheit wird mir Kenntnis von einer Zeitungsmitteilung, wonach Herr Philipp Scheidemann eine Behauptung, er habe für Rechnung von Barmat in einem Seebade in Holland gewohnt, in Abrede gestellt habe, mit der Erklärung, er habe nur einmal einen Brief von Barmat erhalten. Ich bin in der Lage, folgendes bekunden zu können:

Im Sommer 1923 trat an den Besitzer des Grandhotels Zandvoert der Prokurist Vogelsang der Firma Barmat mit der Mitteilung heran, daß er für einen Deutschen, der vorläufig nicht genannt sein wolle, im Grandhotel Zandvoert Platz haben möchte, und zwar ein Zimmer für zwei Personen. Es wurde eine Einigung erzielt auf den Preis von 20 Gulden täglich, Mietdauer vier Wochen, und im August traf der Mieter mit seiner Frau ein. Dieser Mieter war Herr Philipp Scheidemann. Indes zahlte Herr Scheidemann leistete überhaupt keine Zahlung. Die Rechnung wurde allwöchentlich an die Firma Barmat, Amsterdam, Kaisersgracht, gesandt und von dieser bezahlt. Auch hat einmal Scheidemann im Hotel Zandvoert einen Vertreter der Firma Barmat empfangen. Barmat selbst weilte während dieser Zeit in Deutschland.) Eine Vernehmung des jetzt in Hamburg wohnenden damaligen Eigentümers des Grandhotels Zandvoert, Herrn W. H. Siehl, Hamburg, Roßberg Nr 43 bei Eickhoff, wird die restlose Richtigkeit dieser meiner Angabe ergeben".

Da Scheidemann schon seit einigen Tagen eine Abschrift dieses Briefes erhalten hat, dürfte er ja bald zu dieser durch Zeugen bekräftigten Behauptung sich äußern müssen."

Die Strafanträge im Tscheka-Prozeß.

Nach wochenlangen Verhandlungen geht nun der große Prozeß gegen kommunistische Verschwörer, der sog. Tschekaprozeß, vor dem Staatsgerichtshof seinem Ende entgegen. Nach siebenstündigem Plädoyer stellte am Sonnabend abend Reichsanwalt Dr. Neumann die Strafanträge. Er beantragte gegen den Angeklagten **Neumann** wegen vorsätzlichen Mordes nach § 211 des Strafgesetzbuches im Falle Ranisch die **Todesstrafe**, wegen der übrigen Fälle nach § 49 b insgesamt 7 Jahre Zuchthaus, sowie dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte;

gegen den Angeklagten **Skoblewsky** wegen Anstiftung zu dem gleichen Verbrechen die **Todesstrafe** und 15 Jahre Zuchthaus;

wegen Mittäterschaft gegen den Angeklagten **Pöge** **Todesstrafe** und 8 Jahre Zuchthaus;

Margies Todesstrafe und 9 Jahre Zuchthaus;

Szon Todesstrafe und 4 Jahre Zuchthaus; außerdem